



# Soziale Stadt

*info* 7  
www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

Februar 2002

## Schwerpunkt: Aktivierung und Beteiligung

Aktivierung und Beteiligung im Rahmen  
des Programms „Soziale Stadt“ ..... 2

Die Unbeteiligten beteiligen,  
die Aktiven ermutigen – Das Stadtteilbüro  
in Rostock-Groß Klein ..... 7

Bewohneraktivitäten in Hannover-  
Vahrenheide – Ein Erfahrungsaustausch ..... 9

Servicestelle HEGISS, eine Initiative  
für die Soziale Stadt in Hessen ..... 11

Ludwigshafen: Wie das Miteinander  
im Quartier positiv gestalten? ..... 12

Integrierte Handlungskonzepte:  
Anforderungen der Länder –  
Ergänzungen ..... 13

Gesundheit braucht Orte zum Lernen,  
zur Kommunikation und zum Handeln ..... 14

Der Engel der Neustadt –  
Das Schutzengel-Projekt in Flensburg ..... 15

Berlin-Kreuzberg: „Kids im Kiez“ ..... 16

Rosenheim auf dem Weg zur  
Bürgerkommune ..... 18

„Soziale Stadt – meine Sicht“ ..... 19

Veranstaltungshinweise ..... 20

Impressum ..... 6

Hinweis zum Bezug von  
Soziale Stadt info ..... 10

## Liebe Leserin, lieber Leser,

in vielen der belasteten und benachteiligten Stadtteile engagieren sich bereits Teile der Einwohnerschaft und verschiedene lokale Akteure – quasi „von unten“ – für die Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse im Quartier; dabei wird auch nach neuen Wegen gesucht, um sich wirkungsvoll in die Entwicklung der Stadtteile einzumischen. Diese Mitwirkungsbereitschaft und das teilweise auch heute schon vorhandene Geflecht sozialer Netze werden als besondere Ressource in den Programmgebieten der Sozialen Stadt angesehen, die es intensiv zu nutzen und zu fördern gilt.

Andere aber – überwiegend Migranten, alte Menschen, Arbeitslose, Jugendliche mit schlechter Ausbildungs- und Berufsperspektive – haben sich zurückgezogen und sind nur mittels besonderer Zuwendung zu motivieren. Sie brauchen direkte, auf ihre Situation zugeschnittene Anstöße, Beratung und Zuspruch, um aktiv – auch in eigener Sache – werden zu können.

Aktivierung und Beteiligung erweisen sich so als Schlüsselemente für die Soziale Stadt; sie erst bieten die Voraussetzung dafür, das zentrale Ziel des Programms: den Aufbau langfristig tragfähiger Strukturen im Quartier, in Angriff zu nehmen. Grund genug also, das Thema im „Schwerpunkt“ dieser Soziale Stadt info-Ausgabe einmal näher aufzugreifen. „Die Unbeteiligten beteiligen, die Aktiven ermutigen“, lautet denn auch das Motto für einen Praxisbericht aus der Sicht einer Quartiermanagerin zum Programmgebiet Groß Klein, einer „Plattensiedlung“ in Rostock.

Ihre Difu-Projektgruppe Soziale Stadt ■

## Schwerpunkt:

# Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“

## Aktivierung und Beteiligung sind zentrale Elemente der Programmumsetzung

Neben der „Ressourcenbündelung“ und der „Erprobung neuer Management- und Organisationsformen“ sind die „Aktivierung von Eigeninitiative, von Selbsthilfepotenzialen, die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins und die Festigung von nachbarschaftlichen Netzen“ zentrale Elemente des Programms „Soziale Stadt“, wie Dr. Ulrich Klimke, ehemaliger Leiter der Unterabteilung Städtebau im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, in seiner Begrüßungsrede zum bundesweiten Impulskongress Quartiermanagement Ende 2000 in Leipzig betonte (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2001, S. 11).

In vielen Stadtteilen werden Entwicklungen vor allem von „unkonventionellen“ Formen politischen und bürgerschaftlichen Engagements getragen und geprägt, die jenseits „konventioneller“, institutionell garantierter Beteiligungsformen wie politische Wahlen oder Mitarbeit in politischen Parteien liegen<sup>1</sup>: Vereine, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und „neue soziale Bewegungen“ (vgl. Roth 1998, S. 5 ff.) vertreten ihre Interessen unmittelbar „von unten“ und stellen damit eine wichtige Ressource für integrierte Stadtteilentwicklung sowie ein Potenzial für ein demokratisches Gemeinwesen und eine entsprechende Streitkultur (vgl. Rucht 1997, S. 384 und 398) dar. In ihnen formieren sich gleichermaßen bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und advokatische Interessenvertretung. Sie sind Repräsentanten einer (kritischen) Öffentlichkeit und bilden ein Korrektiv sowie Innovationspotenzial für Politik und Verwaltung (ebenda, S. 390 ff. sowie Roth 1998, S. 2 f.).

Inzwischen agiert eine Vielzahl dieser Initiativen und Organisationen mit lokalem Bezug, wenngleich oft ohne wirkliche Kooperation. Ein Beispiel hierfür ist das Nebeneinander von stadtteilbezogenen Bürgerinitiativen und stadtweit agierenden Lokale-Agenda-21-Gruppen sowie oftmals sektoral ausgerichteten und nicht ganzheitlich auf die Stadtteilentwicklung bezogenen Planungszellen und Bürgergutachten, die zudem häufig sehr stark „mittelschichtorientiert“<sup>2</sup> sind. Nicht organisierte Bürgerinnen und Bürger sowie die lokale Wirtschaft als Basis für die Schaffung und Stabilisierung von Arbeitsplätzen und als Anknüpfungspunkt für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen bleiben oftmals unberücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund treten die wesentlichen Innovationen, die von dem Programm „Soziale Stadt“ ausgehen sollen, umso stärker hervor:

- die Schaffung ganzheitlicher quartierbezogener Beteiligungsstrukturen,
- die quartierbezogene Vernetzung lokaler Initiativen und Organisationen,
- die Erschließung der spezifischen Problemlösungskompetenzen auch bisher nicht organisierter Bürgerinnen und Bürger mit Strategien des Empowerment (Befähigung, Aktivierung) als einem Ansatz der Gemeinwesenarbeit (GWA) oder der „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“ sowie
- die Einbeziehung der lokalen Wirtschaft.

Die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in den mittlerweile 249 Programmgebieten lässt allerdings erkennen, dass das Verständnis von „Aktivierung“ und

„Beteiligung“ von Kommune zu Kommune teilweise sehr differiert und die Frage, wer mit welchen Methoden und Zielen durch wen zu aktivieren oder zu beteiligen sei, recht unterschiedlich beantwortet wird.

Oftmals wird darauf hingewiesen, man könne Aktivierung und Beteiligung begrifflich nicht voneinander trennen: Aktivierung wirke immer beteiligend, und alle Beteiligungsformen wiesen zugleich aktivierenden Charakter auf. Die Praxis in den Stadtteilen zeigt jedoch immer wieder, dass Aktivierungsaspekten weniger Aufmerksamkeit entgegengebracht wird als solchen der Beteiligung – eine getrennte Betrachtung erscheint demnach durchaus sinnvoll und gerechtfertigt.

### Aktivierung

Die Aktivierung vor allem benachteiligter Bevölkerungsgruppen ist seit den 1970er-Jahren ein „traditionelles“ Anliegen von Gemeinwesenarbeit und heute Kernelement der maßgeblich vom Essener Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) aus der GWA entwickelten „Stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit“: „Stadtteilbezogene Arbeit in der Tradition von GWA bezeichnet einen projekt- und themenspezifischen Prozess einer (in der Regel) mehrjährigen Aktivierung der Wohnbevölkerung, der zwar einzelne Leuchtturmprojekte nicht ausschließt, sich jedoch vornehmlich über eine Vielzahl kleinerer Aktivierungsaktionen darauf richtet, anhand direkt geäußelter und durchaus häufig wechselnder Interessen der Wohnbevölkerung gleichsam eine ‚Grundmobilisierung‘ eines Wohnquartiers zu bewirken, die dann den Humus für größere Einzelprojekte darstellt“ (Hinze, hier

Stand 9/2001). Würden Strategien zur Stadtteilentwicklung von Einzelprojekten ohne eine solche „Mobilisierung“ der betroffenen Bevölkerung dominiert, gliche dies einer „Aktivierung ohne Unterleib“ mit nur geringen Wirkungen auf das Gemeinwesen und damit eine nachhaltige Entwicklung eines Quartiers. Es geht also darum, „kollektive Aspekte individueller Betroffenheit zu organisieren, Menschen an einen Tisch zu bringen, Nachbarschaften zu stärken, lokale Potentiale zu mobilisieren – schlagwortartig gesagt: um Kommunikation, Ideenproduktion sowie Organisation von Menschen und Ressourcen“, um „an vorhandene Interessen, Aktivitäten und Bedürfnislagen anzuknüpfen und diese für das Zusammenleben im Gemeinwesen nutzbar zu machen“ (ebenda). „Wer Menschen befähigen will, den eigenen Möglichkeitsraum zu erweitern, muss innerhalb ihrer Lebenswelt agieren“ (Lüttringhaus, hier Stand 9/2001).

Die Prinzipien „Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit“ als Grundlage für „Empowerment“ lauten (vgl. ebenda):

1. **Bedürfnisorientierung:** Die Frage „Was wollt ihr?“ steht im Vordergrund, nicht aber die Frage „Was braucht ihr?“;
2. **Aktivierung**, d.h. die Frage nach dem Eigenbeitrag der Quartiersbevölkerung zur Erreichung der selbst formulierten Ziele;
3. **Nutzung** der im Stadtteil/Quartier bereits vorhandenen Ressourcen;
4. bereichsübergreifendes **integriertes Handeln** auf allen Steuerungs- und Handlungsebenen;
5. **Vernetzung** relevanter Akteure, Projekte und Maßnahmen;
6. **Verbesserung der materiellen Situation** im Quartier (z.B. Infrastruktur, Wohnverhältnisse).

Vor diesem Hintergrund lassen sich unter Aktivierung alle „Techniken“ verstehen, mit denen einzelne Personen oder Personengruppen im Quartier angesprochen und in Kommunikation (miteinander) gebracht werden können. Ziele von Aktivierung können sein: der Aufbau eines Kontaktes zu Quartiersbewohnerinnen und -bewoh-

nern, die Identifikation von in der jeweiligen Lebenswelt erfahrbaren Problemen oder auch die Ermittlung der Bereitschaft Einzelner, an der Stadtteilentwicklung mitzuwirken. Es handelt sich also in erster Linie um projektunspezifische, eher informelle und zu einem großen Teil aufsuchende Vorgehensweisen.

Mohrlock, Neubauer, Neubauer und Schönfelder (1993) beklagten Anfang der 1990er-Jahre die unzureichende Auseinandersetzung von GWA mit Aktivierung und Aktivierungstechniken: „... konkrete Handlungsanweisungen für solche zu entwickelnden Strategien und Interventionen [bleiben] aus“ (ebenda, S. 223). Die Autorinnen und Autoren erarbeiteten auf Basis einer von ihnen in den alten Bundesländern durchgeführten Untersuchung eine Liste von Aktivierungstechniken, wobei sie zwischen „direkten Techniken“ und „visuellen Hilfsmitteln“ unterscheiden. Unter „direkten Techniken“ verstehen sie solche, „bei denen die ... [Professionellen] direkt mit BürgerInnen in Verbindung treten. ... Visuelle Techniken stellen eher Hilfsmittel zur Aktivierung von BewohnerInnen eines Gemeinwesens dar ...“. Dabei stimmen die „visuellen Hilfsmittel“ größtenteils mit quartierbezogener Öffentlichkeitsarbeit überein.

In den beiden folgenden Aufzählungen wird diese begriffliche Zweiteilung im Zusammenhang mit Aktivierung übernommen; die von Mohrlock, Neubauer, Neubauer und Schönfelder identifizierten Techniken werden aufgegriffen und durch solche ergänzt, die im Zuge der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in 16 Modellgebieten angewandt werden:

#### *Direkte Techniken*

- Aktivierende Befragungen (unter anderem zur Ermittlung aktueller Probleme im Wohngebiet);
- Arbeit mit einzelnen Personen (z.B. Beratungsangebote aus dem Bereich „Hilfe zur Selbsthilfe“);
- informelle Gespräche (beispielsweise zu Problemen im Quartier, zwischen einzelnen Gruppen oder auch bezüglich der eigenen Lebenssituation);

- aufsuchende Arbeit, Streetwork;
- „Mund-zu-Mund-Propaganda“ (Aktivierung über Multiplikatorinnen und Multiplikatoren);
- Befähigung einzelner Bewohnerinnen und Bewohner zur Übernahme von Aufgaben im Gemeinwesen (z.B. Ausbildung Einzelner zu „Bürgermoderatorinnen“/„Bürgermoderatoren“);
- Vernetzung von und Vermittlung zwischen einzelnen Akteuren, Institutionen und Organisationen, Schlichtung von Interessenkonflikten (Mediation);
- Bürger-, Einwohner-, Blockversammlungen;
- Angebot regelmäßig stattfindender offener (Nachbarschafts-)Treffs (z.B. Stammtische);
- Angebot offener Treffs für bestimmte Zielgruppen (z.B. Migrantinnen);
- Feste (z.B. Stadtteil- und Straßenfeste, Vereinsfeste, Sportfeste, Einweihungsfeste, Jubiläen);
- (zielgruppenspezifische) Veranstaltungen und Aktionen (z.B. Sport- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche);
- Gebiets- und Gebäudebegehungen mit Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern sowie anderen lokal wirksamen/verantwortlichen Akteuren;
- Informationsangebote und -veranstaltungen zu allen Belangen der integrierten Stadtteilentwicklung;
- Wettbewerbe;
- Unterschriftensammlungen.

#### *Visuelle Hilfsmittel/ quartierbezogene Öffentlichkeitsarbeit*

- (Mehrsprachige) Stadtteilzeitungen;
- (mehrsprachige) Poster, Plakate, Flyer, Broschüren, Rundbriefe und anderes Informationsmaterial;
- Internetangebote rund um das Quartier;
- Dokumentationen von Veranstaltungen und Aktionen;
- Berichte in „Lokalblättern“;
- Verwendung eines Logos/Slogans;
- Kunst- und Kulturprojekte/-angebote;
- Einsatz von Quartiersmodellen als Grundlage für die Ermittlung von Problemen, Potenzialen und Ansatzmöglichkeiten für Projekte und Maßnahmen im Quartier („Planning for Real“).

## Beteiligung

Beteiligung setzt dagegen auf einer eher formalen Ebene an und basiert auf mehr oder weniger methodisch geplanten Verfahren (konkretes Programm, bestimmter Ort, festgelegter Zeitrahmen, vorgegebener Ablauf, Moderation) sowie vergleichsweise konkreten Zielvorstellungen (z.B. Diskussion bestimmter Themen, Entwicklung von Projekten, Vertretung von Gruppeninteressen). Beispiele für solche Beteiligungsformen sind:

- Stadtteilkonferenzen;
- Stadtteil- oder Bürgerforen;
- Runde Tische, Diskussionsrunden;
- Zukunfts-/Planungswerkstätten;
- Bürgergutachten;
- Planungszellen;
- stadtteilweite (thematische) Arbeitskreise, Arbeitsgruppen, Workshops;
- beteiligungsorientierte Projekte (z.B. Spielplatzgestaltung);
- zielgruppenspezifische Projekte (z.B. für Kinder und Jugendliche, Migrantinnen).

Wie Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen belegen, entsteht in einzelnen Stadtteilen im Laufe der Entwicklung eine abgestufte Gremienstruktur mit vielfältigen Formen der Zusammenarbeit (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2001, S. 50).

Zu den Zielgruppen von Beteiligungsprozessen gehören – neben Politik und Verwaltung – lokale und lokal wirksame Akteure, d.h. sowohl die Quartiersbevölkerung und vor Ort ansässige Gewerbetreibende, Einzelhändler, Initiativen, Vereine als auch überlokale Träger, (Wohnungs-) Unternehmen, Institutionen, die auf Quartiersebene lokal handeln. Es geht also nicht nur um eine „Mobilisierung“ aller Akteure im Wohnquartier, sondern darüber hinaus all derer, die als Fachkräfte ihr Detailwissen in die Gebietsentwicklung einbringen.

Bei allen Beteiligungsformen ist wichtig, Vertreterinnen und Vertreter der Politik einzubeziehen, sie zumindest über die Entwicklungen im Quartier regelmäßig zu informieren. Zu den unabdingbaren Voraussetzungen gehört auch, folgende Fra-

gen zu klären: Welche Rechtsqualität oder Beschlusskraft haben die in Beteiligungsgremien getroffenen Entscheidungen? Wer ist der Adressat von Empfehlungen oder Beschlüssen? Wie ist das weitere Prozedere außerhalb der Beteiligungsgremien geregelt? Ohne einen „direkten Draht“ zu den Entscheidern in Politik und Verwaltung droht die Gefahr, dass mühsam im Quartier ausgehandelte Kompromisse im Nachhinein verworfen werden – Letzteres unterminiert das Vertrauen in die gesamte Entwicklung, schadet der Glaubwürdigkeit des Programms und schränkt die Bereitschaft, an Beteiligungsprozessen weiter mitzuwirken, ein (ebenda).

Damit Beteiligung erfolgreich sein kann, bedarf es überdies eines Informationsgleichstands zu Beginn von Partizipationsprozessen, einer ergebnisoffenen Herangehensweise, der Pflege einer „Anerkennungskultur“ – beispielsweise durch Öffentlichkeitsarbeit zu Beteiligungsgremien – und der zeitnahen Umsetzung zumindest einiger kleinerer Projektideen als sichtbaren Arbeitserfolgen. Solche spürbaren Ergebnisse können wiederum aktivierend wirken.

Neben dem Einsatz von Aktivierungstechniken und der Initiierung von Beteiligungsformen ist es nötig, Zugangsmöglichkeiten zu bereits bestehenden Initiativen und Organisationen zu nutzen (vgl. Hinte, hier Stand 9/2001) und diese in Vernetzungsaktivitäten mit einzubeziehen; dabei kommen vor allem infrage:

- Interessengemeinschaften (z.B. von lokalen Einzelhändlern);
- Mieterforen/-initiativen/-runden/-beiräte;
- Bürgervereine;
- Elternbeiräte;
- Pfarrgemeinden;
- Stadtteilbeiräte.

### **Schnell, unkompliziert, demokratisch – Verfügungsfonds fördern Aktivierung und Beteiligung**

Der Mangel an Entscheidungsbefugnissen auf der lokalen Ebene und damit auch an Möglichkeiten für schnelles Handeln war in der Vergangenheit ein wesentlicher Hinde-

rungsgrund für erfolgreiche Aktivierung und Beteiligung.

Wenn es um die Aktivierung der Bevölkerung und die Initiierung von Selbstorganisation geht, bedarf es daher der Einrichtung von Verfügungsfonds oder Stadtteilbudgets, mit deren Hilfe sich kleinere Projekte und Maßnahmen schnell und unbürokratisch realisieren lassen. Entscheidend ist hierbei weniger die Höhe der verfügbaren Mittel als vielmehr die Möglichkeit, diese Gelder unkompliziert und auf der Basis demokratisch legitimierter Entscheidungsstrukturen vor Ort direkt einzusetzen. Die Einrichtung eines Verfügungsfonds bedeutet ohne Zweifel sowohl für die Verwaltung, als auch für die Lokalpolitik die Abgabe eines Teils ihrer angestammten Macht. Hier gilt es, gerade die Politik als Partner zu gewinnen und ihr deutlich zu machen, dass sie durch den unmittelbaren Kontakt mit Bürgerschaft und Wirtschaft an Einfluss und Bürgernähe gewinnen und dadurch den Machtverlust kompensieren kann. Wenn Politik und Verwaltung frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, entstehen keine Parallel-, sondern echte Mitbestimmungsstrukturen „im Schatten der Hierarchie“ von Rat und Bezirksvertretung (vgl. Becker/Löhr 2000, S. 27).

Keinesfalls sollten Verfügungsfonds lediglich als Instrument zur „Pazifizierung“ der Quartiersbevölkerung betrachtet werden – indem etwa im Rahmen von Beteiligungsprozessen zwar die Realisierung kleinerer, „bottom-up“-entwickelter Projekte ermöglicht wird, ansonsten jedoch nach mehr oder weniger „klassischem“ Vorgehen „top-down“-initiierte Vorhaben umgesetzt werden.

### **Erfahrungen mit Aktivierung und Beteiligung im Rahmen der Programmumsetzung „Soziale Stadt“**

Weder die aus dem Umfeld von GWA und „Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit“ stammenden Aktivierungsansätze und -techniken noch die aufgeführten Beteiligungsformen als Ergebnisse partizipativer Reformen der 1970er- und 1980er-Jahre

sind heute etwas Neues (vgl. Roth 1997, S. 436 ff.; ders. 1998, S. 13 ff.; Weißfels 1997, S. 223).

Neu im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ sind jedoch die Forderung nach einem ganzheitlichen Gebietsbezug dieser Ansätze sowie die Ausrichtung der Organisations- und internen Managementstrukturen der Verwaltung auf diese „neuen“ Formen der Ressourcenaktivierung und -nutzung: Soll das Programm „Soziale Stadt“ effizient umgesetzt werden, ist es unabdingbar, dass für die Maßnahmen, Aktivitäten, Mobilisierungs- und Revitalisierungsprozesse, die auf lokaler Ebene für erforderlich gehalten werden, geeignete flexible, kooperative, deregulierte politische und administrative Strukturen vorhanden sind oder kurzfristig geschaffen werden können. Das Instrument hierzu ist das Quartiermanagement (vgl. hierzu unter anderem Franke/Löhr 2000, S. 2 f.; Franke/Löhr/Sander 2000, S. 243 ff.), notwendige Voraussetzung ist in Teilbereichen die Dezentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und kommunalen Ressourcen – mithin die Dezentralisierung von Macht.

Aus den Erfahrungen mit der Programmbegleitung wird bereits deutlich: der Erfolg von Aktivierung und Beteiligung hängt davon ab, dass politische Beschlüsse über integrierte Handlungskonzepte und neue Kooperationsformen getroffen worden sind – Aktivierung und Beteiligung benötigen „Rückendeckung“ durch Rat und Verwaltungsspitze, wenn sie als Instrumente und Methoden einer demokratischen Mitbestimmung „von unten“ tatsächlich ernst genommen werden sollen. Die Überwindung von Ressortgrenzen, der eindeutige Gebietsbezug sowie der Aufbau kooperativer Strukturen in der Verwaltung und mit der Kommunalpolitik sind weitere Voraussetzungen.

Erfolge in Sachen Aktivierung und Beteiligung sind vor allem in jenen Kommunen zu erwarten, in denen Quartiermanagement auf der Verwaltungsebene, im intermediären Bereich und im Quartier (Stadtteilbüro) in vollem Umfang eingerich-

tet worden ist. Probleme können sich hingegen dort ergeben, wo städtebauliche Sichtweisen und Planungsmethoden dominieren, die intermediäre Ebene mit „klassischen“ Beteiligungsverfahren zu stark betont und der Aktivierungsarbeit vor Ort ein zu geringer Stellenwert beigemessen wird. In einigen Kommunen lässt sich dementsprechend beobachten, dass Beteiligungsgremien überwiegend von „Profis“, nicht aber von Bürgerinnen und Bürgern besucht werden.

Erfolge lassen sich mit ganz unterschiedlichen Beteiligungs- und Aktivierungsmethoden erzielen; entscheidend ist jedoch, dass die entsprechenden Maßnahmen auf das jeweilige Gebiet und dessen meist heterogene Bewohnerschaft zugeschnitten sind. Es funktioniert meist nicht, Maßnahmen, mit denen in einem Gebiet gute Erfahrungen gemacht wurden, direkt auf ein anderes Gebiet zu übertragen. Bei der Aktivierung der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner kommt es vielmehr darauf an, für neue Prozesse und Ideen offen zu sein und einen vielfältigen „Methodenkoffer“ – unter Berücksichtigung der örtlichen Ausgangssituation – effektiv zu nutzen, auch wenn dies oftmals mit konkreten Projekt-, Zeit- und Output-Vorstellungen der Verwaltung kollidiert (Stichwort: Problem der „zwei Geschwindigkeiten“ in der „Lebens“- und der „Verwaltungswelt“). Wo es an Entscheidungsbefugnissen mangelt und kein Verfügungsfonds existiert, wird die Arbeit enorm erschwert. Insgesamt gilt: was die Realisierung von Wünschen aus der Bewohnerschaft angeht, dürfen keine Illusionen erzeugt werden, müssen die Verfahren transparent sein. Eine erfolgreiche Beteiligung und Aktivierung der Quartiersbevölkerung erfordert überdies die kontinuierliche Präsenz von Fachleuten vor Ort und offene Anlaufstellen mit niedrigschwelligen Angeboten.

### Fazit

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzt die Städtebauförderung. Es versteht sich als „Investitions- und Leitprogramm für Stadtteile mit be-

sonderem Entwicklungsbedarf“ (ARGE-BAU 2000, S. 15) und damit für die Bündelung sowohl investiver als auch nicht-investiver Maßnahmen im Rahmen integrativer Stadtteilentwicklung. Das Programm kann also weder als „klassisches“ Städtebauförderungsprogramm interpretiert werden, noch lässt sich allein mit ihm die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte finanzieren. Eine Interpretation in „traditionellem“ Sinne beschränkte die Programmumsetzung weitgehend auf „top-down“-initiierte Stadtentwicklungs- und -erneuerungsmaßnahmen inklusive mehr oder weniger „klassischer“ Beteiligungsmöglichkeiten. Die Chancen des Programms gehen jedoch weit über solche Ansätze hinaus: sie liegen in der Bündelung von materiellen Ressourcen sowie Kommunikation, Kooperation und Koordination auf allen Steuerungs- und Handlungsebenen im Rahmen einer integrativen Quartiersentwicklung. Das Ziel des Programms „Soziale Stadt“, in benachteiligten Quartieren selbsttragende Strukturen entstehen zu lassen, kann nur erreicht werden, wenn die Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung vor Ort im Vordergrund der Programmumsetzung stehen. Damit erlangen ein entsprechend ausgerichtetes Quartiermanagement, situationsangepasste Aktivierung sowie angemessene Beteiligungsformen zentrale Bedeutung.

Gefragt ist in erster Linie die enge Zusammenarbeit vieler unterschiedlicher Akteure, so unter anderem auch von Fachleuten aus Planung und Sozialarbeit. Bei Ersteren liegt oftmals die Federführung für die Umsetzung des Programms und damit für die Einrichtung von Quartiermanagement; Letztere fordern für sich eine stärkere Rolle in der Programmumsetzung, mit dem Argument, Aktivierung, Beteiligung und Quartiermanagement seien originäre Aufgaben von GWA bzw. „Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit“. „Es gibt ... nur wenig Tradition in der Zusammenarbeit zwischen sozialen und städtebaulichen Akteuren. ... Deshalb ist es ein wichtiges Ziel, dass der soziale und der städtebauliche Bereich als zentrale Achsen zusammenfinden“, so Reinhard

Thies, Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen, auf dem bundesweiten Impulskongress zum Quartiermanagement Ende 2000 in Leipzig (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2001, S. 25). Die in Hessen praktizierte „Tandemlösung“, das heißt die Besetzung von Vor-Ort-Büros mit je einer Planerin/einem Planer und einer Sozialarbeiterin/einem Sozialarbeiter, kann dieser Forderung Rechnung tragen und Beteiligung und Aktivierung auf der Quartiersebene unmittelbar zusammenführen.

■ Thomas Franke, Difu

(1) Einige Autoren weisen bezüglich der Unterscheidung zwischen „konventionellen“ und „unkonventionellen“ Beteiligungsformen darauf hin, dass heute vormals „Unkonventionelles“ oftmals bereits „konventionell“ geworden sei und sich „konventionelle“ Beteiligungsformen zunehmend auch „unkonventioneller“ Methoden bedienen (vgl. Rucht 1997, S. 382 f. sowie Roth 1997, S. 409, FN 15).

(2) Aktivierung und Beteiligung in benachteiligten Stadtteilen sollten nicht mit eher mittelschichtorientiertem „bürgerschaftlichem Engagement“ oder der Bekleidung von Ehrenämtern in der „Bürgerkommune“ verwechselt werden. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ geht es vor allem um den (Wieder-) Aufbau von Gemeinwesenstrukturen in Wohnquartieren, die oftmals gerade durch das Fehlen von „Bürgerschaftlichkeit“ mit ihren verschiedenen Möglichkeiten politischer Einflussnahme gekennzeichnet sind.

## Literatur

- ARGEBAU – Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen, Leitfaden zur Ausgestaltung der gemeinschaftsinitiativen „Soziale Stadt“, S. 15, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 3 (Programmgrundlagen), Berlin 2000.
- Becker, Heidede, und Rolf-Peter Lühr, „Soziale Stadt“. Ein Programm gegen die sozialräumliche Spaltung in den Städten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10-11/2000.
- Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Impulskongress Quartiermanagement, Dokumentation, Berlin 2001 (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 5).
- Franke, Thomas, und Rolf-Peter Lühr, Überlegungen zum Quartiermanagement, in: Soziale Stadt info 2, Berlin 2000, S. 2–3.
- Franke, Thomas, Rolf-Peter Lühr und Robert Sander, Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 39. Jahrgang, 2000, Band II, S. 243–268.
- Hinte, Wolfgang, Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren. Methoden und Strukturen für ein effektives Quartiermanagement. [www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Hinte/Quartiermanagement.htm).
- Lütringhaus, Maria, Förderung von Partizipation durch integrierte Kommunalpolitik. [www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm](http://www.stadtteilarbeit.de/Seiten/Theorie/Luettringhaus/Buergerbeteiligung.htm).
- Mohrlock, Marion, Michaela Neubauer, Rainer Neubauer und Walter Schönfelder, Let's Organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, München: AG SPAK 1993, S. 223 (Reihe Gemeinwesenarbeit, AG SPAK Bücher M 113).
- Roth, Roland, Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung, in: Klein, Ansgar, und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 409, FN 15 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 347).
- Roth, Roland, Lokale Demokratie „von unten“, in: Wollmann, Hellmut, und Roland Roth (Hrsg.), Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden, Bonn 1998, S. 5 ff. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 356).
- Rucht, Dieter, Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft, in: Klein, Ansgar, und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 382 f. (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 347).
- Weißfels, Bernhard, Politisierung entlang neuer Konfliktlinien? in: Klein, Ansgar, und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 223 (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe, Band 347).

## Impressum

### Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)  
Straße des 17. Juni 112  
D-10623 Berlin

### Redaktion:

Dr. Heidede Becker (v.i.S.d.P.)  
Klaus-Dieter Beißwenger  
Christa Böhme

### Layout und DTP:

Susanna Mayer

### Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe  
Soziale Stadt *info*  
Telefon: 030/390 01-282  
Telefax: 030/390 01-275  
E-Mail: [redaktion@sozialestadt.de](mailto:redaktion@sozialestadt.de)  
Internet: [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)

### Herstellung:

Deutsches Institut für Urbanistik

### Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei,  
Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird  
auf 100-prozentigem  
Recyclingpapier vervielfältigt.



Die Finanzierung erfolgt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus Mitteln des Programms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt).

# Die Unbeteiligten beteiligen, die Aktiven ermutigen – Das Stadtteilbüro in Rostock-Groß Klein



Der Taklerring in Groß Klein. Viel Platz, wenig Abwechslung.

Foto: Henning Büchler

Um den Rostocker Stadtteil Groß Klein (Wendisch: Großer Ahornort) mit ein paar Stichworten zu beschreiben: Als Großwohnsiedlung Anfang der 80er-Jahre besonders für die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Angestellten der Werften gebaut, erlebte der Stadtteil mit und nach der Wende eine drastische Umstrukturierung der Einwohnerschaft: Durch starke Abwanderung, besonders ins Rostocker Umland, verringerte sich die Einwohnerzahl von ehemals 24 000 auf 12 500. Damit einher ging eine starke Segregation; das Image des Stadtteils (und damit auch das Selbstbild der Bewohnerinnen und Bewohner) verschlechterte sich dramatisch. Inzwischen eingeleitete Maßnahmen der Wohnraummodernisierung und Umfeldgestaltung konnten diesen Zustand bislang wenig verändern.

## Zwischen hoffnungsvoller Erwartung und Frustration

Das Stadtteilbüro Groß Klein wird im März 2001 gegründet. Bei der Arbeit als Quartiermanagerin begegnet mir im Stadtteil

von Anfang an ein starker Zwiespalt aus hoffnungsvoller Erwartung und Frustration („Uns fragt ja doch keiner!“) sowie ein unterschwelliger Groll auf „die da oben“. Die üblichen Beteiligungsangebote (Einwohnerversammlungen, Ortsbeiratssitzungen) werden wenig angenommen. Auf der Ebene der Stadtverwaltung gibt es mit dem Projekt „Soziale Stadt“ eine deutliche Orientierung hin zu mehr Beteiligung: Die Arbeit der zuständigen Ämter und der Rostocker Gesellschaft für Stadtentwicklung als Verantwortlichen für das Programm wird in einer Arbeitsgruppe koordiniert. Darüber hinaus werden hier meine Empfehlungen, basierend auf den Gesprächen und Erfahrungen im Stadtteil, gehört und einbezogen. Verständlicherweise gibt es in diesem Kreis Unsicherheiten, in welcher Form Beteiligung sinnvoll ist. Wie viel Wahrheit verträgt die Öffentlichkeit? Was, wenn Informationen falsch ankommen?

Hier in Groß Klein kann ich auf eine Besonderheit aufbauen: Diejenigen, die aktiv sind, in der Kirchengemeinde, beim Stadt-

teilisch Jugend, bei der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative „dau wat“, suchen die Kooperation, das Miteinander – für das Quartiermanagement von Anfang an eine gute Arbeitsgrundlage.

## Ein Stadtteiltreffen als Initialzündung

Mit einer kleinen Gruppe aus dem Kreis der Aktiven setzten wir uns Anfang des Sommers zusammen und überlegten: Was wollen wir für Groß Klein erreichen, was muss als nächstes passieren? Wir trugen viele aktuelle Themen zusammen, dabei schälten sich folgende Aufgabenschwerpunkte heraus: Eigenverantwortung stärken, Attraktivität des Stadtteils erhöhen, Identität herausbilden. Diese Herausforderungen wollten wir auf jeden Fall mit den Einwohnerinnen und Einwohnern und auch Vertretern der Stadtverwaltung gemeinsam besprechen. Daraus entwickelte sich die Idee eines Workshops auf Stadtteilebene als Initialzündung neben all der nötigen, nervenden Kleinarbeit. Und so luden wir für Mitte November zu einem offenen Planungstreffen ins Gemeindezentrum ein.

## Raum lassen für Ungeplantes: Akteure sind Experten

Die Diskussionsthemen sollten von den Beteiligten eingebracht werden, wir wollten auf Expertenvorträge verzichten und stattdessen diejenigen miteinander ins Gespräch bringen, die auf ihrem jeweiligen Gebiet Experten sind: die Akteure in und um Groß Klein. Diese als Open Space bezeichnete Arbeitsmethode hat bei dem Planungstreffen viele neue Freunde gefunden. Im Nachhinein bin ich immer noch erstaunt, wie bereitwillig und engagiert alle Beteiligten sich auf das Experiment einließen, ein Treffen vorzubereiten, bei dem inhaltlich nichts klar war außer dem Titel: „Zu Hause in Groß Klein“. Zugegeben, die Tage vor dem Treffen waren ziemlich spannend: Würde das Angebot ankommen? Oder brauchten die Angesprochenen nicht doch einen Rahmen, eine Tagesordnung als klaren Hinweis, worauf man sich einstellen kann? Alle Vorbereitenden waren überrascht, wie viele dann unserer Einladung folgten.

## Kinder sorgen für Lebendigkeit

Das Eis schmelzen ließen die Kinder, sie ignorierten die Befangenheit der Erwachsenen und stellten als Erste ihre Themen vor: Gewalt im Stadtteil, Vorurteile, Treffpunkte für junge Leute. Daraufhin zogen auch die andern nach und brachten ihre Anliegen zur Sprache.

Viel Interesse gab es für die Themen „Begegnungszentrum – Wachstadt statt Schlafstadt“, „Gegen Gewalt“ und immer wieder „Image“ sowie „Identität“. In einer Runde zum Thema „Stadtteil-Image“ lernte ich, dass der Begriff „Ghetto“ bei den Jugendlichen durchaus positiv besetzt ist. In einer anderen Gruppe diskutierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hausverwaltung mit Mieterinnen und Mietern, wie sich denn Nachbarschaften wieder beleben lassen und was die Hausverwaltung dazu tun kann. Bezeichnend war, dass keiner der Gesprächspartner mit fertigen Konzepten aufwartete. Vielmehr waren alle Beteiligten den Meinungen und Ideen der anderen gegenüber sehr offen, quer durch alle Hierarchien und Altersgruppen. Es herrschte eine produktive Atmosphäre der gegenseitigen Wertschätzung, aber keinesfalls respektvolle Stille. Dazu trug sicher die erstaunliche Regel des Open Space bei, immer gerade das zu tun, wozu man Lust hatte: in den Gruppen mitzuarbeiten oder aufzustehen und zu gehen, wenn man nichts mehr beitragen konnte, und stattdessen Kaffee oder Kakao zu

trinken, im Foyer zu stehen und zu schwatzen.

Viele wichtige Wünsche und Forderungen wurden geäußert, die jetzt dem Stadtteilbüro sowie der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe in der Stadtverwaltung als Arbeitsgrundlage dienen werden:

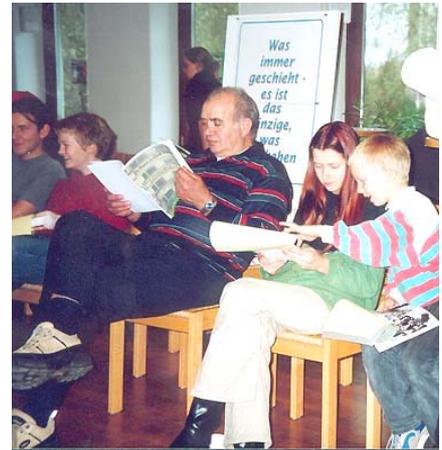
- Der Stadtteil müsste verkehrsmäßig besser angebunden werden: mit öffentlichen Verkehrsmitteln, besseren Straßen für den Autoverkehr, einem Radweg zum benachbarten Ostseebad Warnemünde.
- Das grüne Umfeld und die Nähe zur Warnow sollten für Freizeitangebote genutzt werden.
- Zu etablieren sind Beteiligungsverfahren und ein Qualitätsmanagement.
- Es gilt ein Konzept für ein Bürgerzentrum zu erarbeiten.

### Wie geht's weiter?

Der Stadtteiltisch Jugend plant, ermutigt durch den guten Verlauf, für den Februar ein ähnliches Treffen unter dem Motto: „Wir haben was zu sagen. Junge Leute in Groß Klein.“ In Vorbereitung ist eine Stadtteilzeitschrift, eine Arbeitsgruppe „Bürgerzentrum“ hat sich gebildet. In regelmäßigen Abständen sind weitere Zusammenkünfte für die Erfolgskontrolle und den Austausch zwischen den Projekten geplant. Für mich, die Quartiermanagerin, sehe ich bei diesem Prozess die Rolle des Katalysators. Projekte müssen gestartet und begleitet werden. Die

bisherige Arbeit zeigt, dass hierbei zunehmend auf die Partner vor Ort und in der Stadtverwaltung „gebaut“ werden kann. Der in Gang gekommene Kommunikationsprozess ist sicherlich auch geeignet, wenn es komplexe und schmerzhaft Themen wie den Rückbau von Wohnbauten zu bewältigen gilt, weil auf diesem Wege gemeinschaftlich Verantwortung für die Veränderungen übernommen wird.

- Susanne Prill, Rostocker Gesellschaft für Stadtentwicklung, Stadtteilbüro Groß Klein, Taklerring 41, 18109 Rostock, Telefon: 0381/12 15 300, Telefax: 0381/12 15 302



Die Protokolle liegen vor. Die Arbeit von zwei Tagen umfasst mehr als dreißig Seiten.

Foto: Katrin Kutzner



Spannung im Forum. Die Lücken in der Tagesordnung schließen sich.

Foto: Georg Scharnweber

# Bewohneraktivitäten in Hannover-Vahrenheide – Ein Erfahrungsaustausch

Rund 50 Akteure aus dem Stadtteil waren der Einladung der Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis), Universität Hannover, und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) am 4. Oktober 2001 in die Integrierte Gesamtschule Vahrenheide-Sahlkamp (IGS) gefolgt. Fragen nach den Erfahrungen, Möglichkeiten und Grenzen bewohnergetragener und -bezogener Aktivitäten in Vahrenheide standen auf der Tagesordnung.

Das Programm war dicht gepackt mit Berichten von Akteuren über ihre alltägliche Arbeit, die sich eng an den Lebenswelten der Bewohnerinnen und Bewohner orientiert. Unter Bewohneraktivitäten wurden dabei auf den Stadtteil oder die Nachbarschaft bezogene Aktivitäten verstanden: von nachbarschaftlichen Kontakten und Hilfen über die Teilnahme an kulturellen Angeboten im Stadtteil, die Übernahme von Verantwortung für gemeinsam genutzte Flächen, Hausflure oder Spielplätze bis hin zur Gründung von Vereinen oder Initiativen.

Heiko Geiling vom Sozialforschungszentrum agis stellte einleitend einige Thesen zur Diskussion: In Vahrenheide gebe es eine Polarisierung zwischen jüngeren (in der Regel nichtdeutschen) und älteren (meist deutschen) Einwohnern. Während die älteren Deutschen sich in den eigenen Einrichtungen gesellschaftlich und kulturell aufgehoben fühlten, seien die Jüngeren und überwiegend Nichtdeutschen auf fürsorgende Einrichtungen angewiesen, die wenig Raum für selbständige Ausdrucksmöglichkeiten bieten. Den Jüngeren werden, so Geiling, über sozialstaatliche Einrichtungen hinaus keine eigenständigen kulturellen Freiräume in Verbänden, Organisationen und Vereinen zugebilligt. Die Stadtteileinrichtungen, die vor Ort eine gesellschaftlich-politische Hegemonie ausübten, seien zugleich auch jene Akteure, die

trotz entsprechender sozialer Kompetenz und Einfluss mit großer Distanz zur Mehrheit der Bewohnerschaft – und deren alltäglichen sozialen und kulturellen Ausdrucksformen – agierten. Insofern stelle sich die Frage, wie diese Distanz im Interesse der Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und des Engagements überwunden werden könne. Dies gelinge längerfristig freilich nur, wenn allen Bewohnergruppen Gelegenheit zur Identitätsbildung gegeben werde. Dabei komme den sozialstaatlichen Einrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen usw. eine zentrale Bedeutung zu.

Die Leiterin einer Kindertagesstätte berichtete von der „Gratwanderung, die die Kinder zwischen der eigenen kulturellen Identität und der des Elternhauses“ zu beschreiten haben. Sie schilderte auch die wachsenden Anforderungen, denen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgesetzt sind. Den „Spagat zwischen Erziehungs- und Bildungsarbeit bei nur sehr geringen Ressourcen“ beschrieb der didaktische Leiter der IGS. Die Schule, als Ganztagschule konzipiert, bilde für viele Jugendliche den Lebensmittelpunkt. Schulen in benachteiligten Quartieren wie Vahrenheide müssten mit Fachkräften aus der Sozialarbeit und Sozialpädagogik besser ausgestattet sein. An die Lebensphase im Übergang Schule-Beruf knüpften die Referentinnen des Jugendqualifizierungsprojekts

„Pro Beruf“ an. Bei vielen Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen bestünden oft keine Vorstellungen und Ziele hinsichtlich der Berufswahl. Sie bräuchten daher eine „Anleitung, um sich in der Welt der Erwachsenen zurechtzufinden und deren Kompetenzen zu erlernen“.

Die Ausführungen einiger Mitglieder des „Demokratischen Kulturvereins“ – mütter-



Fotos: agis

sprachlich Vorgebrachtes wurde übersetzt – machten deutlich, wie wenig Kenntnisse über die Arbeit dieser Migranteninitiative in der übrigen Bewohnerschaft vorhanden sind. Dies liegt nicht zuletzt am Fehlen geeigneter Räumlichkeiten für eine gezielte integrative Stadtteilarbeit. Es wurde für mehr Offenheit auf beiden Seiten geworben und betont, dass Multikulturalität und Demokratie unbedingt zusammengehören. Eine „Brücke in den Stadtteil“ will die evangelische Titusgemeinde bauen. Der evangelische Pastor berichtete von der gemeinwesenorientierten Stadtteilarbeit. Die Titusgemeinde habe es schon immer als ihre Aufgabe angesehen, Initiativen zu unterstützen. Aufgrund der vielen Religionskulturen im Quartier sei längerfristig eine interkulturelle und interreligiöse Arbeit unabdingbar. Der Vorsitzende des Turn- und Sportvereins (TuS) Vahrenwald (über 1 000 Mitglieder) unterstrich, dass die Konfliktlinie „Jung (Migrant) gegen Alt (deutsch)“ sich gerade in den Sportvereinen widerspiegeln. Jüngere Mitglieder aus Vahrenheide seien im Verein deutlich unterrepräsentiert.

Es folgten Berichte aus Stadtteilen anderer Städte (Bremen, Essen), die über eine langjährige Tradition in Sachen gezielter Unterstützung von Bewohneraktivitäten auf Stadtteilebene verfügen. Breiter Konsens herrschte darüber, dass der soziale Zusammenhalt in einem Stadtteil erst durch Bewohneraktivitäten begründet wird. Diese stützten und signalisierten das Zugehörigkeitsgefühl zu und die Identifizierung mit der Wohngegend.

Gabi Grimm, freie Mitarbeiterin am Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB, Universität Essen), erläuterte einige Bedingungen für eine nachhaltige gesamtstädtische Stadt(teil)-entwicklungsarbeit und -politik. Dazu zählten eine gesamtstädtische Programmatik und eine gemeinsam getragene Konzeption. Zugleich müssten die finanziellen, personellen und sachlichen Ressourcen einzelner Akteure geregelt sein. Ebenso wichtig seien Verlässlichkeit und geregelte Verfahren zur Projektentwicklung und Konfliktbearbeitung. Der Stadtteil müsse

darüber hinaus über flexible Mittel verfügen. „Langer Atem, Geduld und Herz gehören unbedingt bei allen Akteuren dazu“.

Der Sanierungskordinator Vahrenheides, Klaus Holland, ging auf das verbreitete Missverständnis ein, die Sanierung werde alle Probleme auf einen Schlag lösen. Wichtig sei vielmehr, dass die Bewohnerinnen und Bewohner auf Dauer aktiv an der sozialen Sanierung teilhaben.

Am Ende der Veranstaltung wurde die Frage aufgeworfen, wie die Bewohneraktivitäten in Vahrenheide künftig unterstützt werden können. Neben der Vernetzung und Bündelung der Aktivitäten biete, so der weitgehende Konsens, das Konzept der sozialen Sanierung einen guten Ansatz. Um eine effektive Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, lokalen Institutionen und Bewohnerschaft zu fördern, müssten die unterschiedlichen Prioritäten, Ziele, Strategien und Machtpotenziale stärker berücksichtigt und entsprechend ausgeglichen werden. Unabdingbar sei vor allem mehr Transparenz – in dreierlei Hinsicht: bei der Sanierung, der Mittelvergabe sowie der Diskussion hierüber. Ein Nahziel ist eine Stadtteilkonferenz. Damit soll ein neues Diskussionsforum eröffnet werden, in dem die bereits langjährig tätige Koordinierungsrunde (Vernetzungstreffen aller sozialen Einrichtungen) und das Bürgerforum sowie weitere Akteure und Bewohnergruppen sich über die Entwicklung im Stadtteil austauschen.

Bei der agis (s.u.) kann zum Preis von Euro 7,- die Videodokumentation „Soziales Engagement in einem hannoverschen Stadtteil“ (VHS, 40 Minuten) bezogen werden.

- agis (Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung), Universität Hannover  
An der Christuskirche 18, 30167 Hannover  
Telefon: 0511/762-4098 oder 762-19069  
Telefax: 0511/762-4099  
E-Mail: t.schwarzer@agis.uni-hannover.de  
Internet: www.agis.uni-hannover.de

ABONNEMENT

**Sie möchten  
Soziale Stadt info  
abonnieren?**

Schicken Sie uns eine  
E-Mail:  
[sozialestadt@difu.de](mailto:sozialestadt@difu.de)

oder ein Telefax:  
**030/39 001-269**

Geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen, die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution, aber auch Telefon, Telefax an.

Oder senden Sie einfach eine Postkarte an: Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin.

## *Servicestelle HEGISS, eine Initiative für die Soziale Stadt in Hessen*

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ wird in Hessen seit seiner Entstehungsphase 1997-1999 von der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) begleitet, in der sich beteiligte Akteure zu einem Politiknetzwerk zusammengeschlossen haben. Mitwirkende sind neben dem federführenden Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung weitere Landesministerien, Kommunen, die Wohnungswirtschaft, soziale Träger wie Beschäftigungsträger, Forschungseinrichtungen, wirtschaftsnahe Institutionen, interessierte Berufsgruppen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Seit Ende vergangenen Jahres hat dieses Netzwerk verbindliche Form angenommen, basierend auf zwei „Standbeinen“: deren eines ist der nunmehr gegründete Verein „Arbeitsgemeinschaft Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, in dem sich die genannten Akteure freiwillig zusammengeschlossen haben; das andere Standbein ist die Servicestelle HEGISS, zu verstehen als ein Dienstleistungsangebot für und in diesem Netzwerk.

Ein Blick auf diese beiden korrespondierenden Einrichtungen im Einzelnen:

- Die Arbeitsgemeinschaft Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (Arge HEGISS e.V.) unterstützt die interkommunalen und trägerübergreifenden Kooperationen in Hessen; sie begleitet und unterstützt beratend die Arbeit der Servicestelle HEGISS. Die Arge HEGISS bündelt somit die vielfältigen Interessen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, sie gestaltet die

Arbeit im Politiknetzwerk mit und schaltet sich in die Diskussion um die Ausgestaltung und Fortschreibung des Bund-Länder-Programms aktiv mit ein.

- Die Servicestelle HEGISS ist im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dienstleisterin für dieses Politiknetzwerk. In der Servicestelle arbeiten die Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH (FEH), die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) sowie das Institut Wohnen und Umwelt GmbH Darmstadt (IWU) eng zusammen. Jeder der Kooperationspartner verantwortet eigene Arbeitsschwerpunkte: so obliegt der FEH die Koordination der Servicestelle, darüber hinaus die städtebauliche, wirtschaftliche und organisatorische Beratung der Kommunen; die LAG konzentriert sich auf die Schwerpunkte „Bewohneraktivierung“, „Quartiersmanagement“, „gemeinwesenorientierte Kinder- und Jugendhilfe“ sowie „lokale Beschäftigungsförderung“, und das IWU leistet die wissenschaftliche Programmbegleitung, im Jahr 2001/2002 zunächst fokussiert auf die vier Themen „Bildung“, „Beschäftigung“, „Bürgerbeteiligung“ und „Politiknetzwerke“.

Somit bietet die Servicestelle mit ihren Partnern Servicepakete für Beratung, Erfahrungsaustausch, Wissenstransfer und Forschung an. Diese Dienstleistungen richten sich an die Kommunen, die Akteure in den Standorten und ebenso an landeseigene Institutionen. Zur Angebotsbreite der Servicestelle gehören vorerst Fachveranstaltungen, Netzwerktreffen

und Fortbildung, Fachberatungen an den Förderstandorten, Transfer von Good-Practice-Beispielen, Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Unterstützung bei der Ressourcenbündelung.

Nicht zuletzt wird die Servicestelle HEGISS im bundesweiten Netzwerk zur Sozialen Stadt den Informationsaustausch und Wissenstransfer aktiv mit unterstützen und pflegen.

### Kontaktadressen:

Servicestelle HEGISS  
Im Hause der Investitionsbank Hessen (IBH)  
Schumannstraße 4-6, 60329 Frankfurt/Main  
E-Mail: [hegiss@feh-hessen.de](mailto:hegiss@feh-hessen.de) (in Kürze)

Ansprechpersonen (FEH):  
Dr. Folckert Lüken-Isberner,  
Dr. Annegret Boos-Krüger  
Telefon: 069/133850-66,  
Telefax: 069/133850-69

Ansprechpersonen (LAG):  
Reinhard Thies, Christoph Kummer  
Telefon: 069/250038,  
Telefax: 069/235584

Ansprechperson (IWU):  
Dr. Eberhard Mühlich  
Telefon: 06151/2904-0,  
Telefax: 06151/290497

# Wie kann das Miteinander im Quartier positiv gestaltet werden?

## Themenkonferenz im Ludwigshafener Westend

Das Westend bietet als innenstadtnahes Wohngebiet in Ludwigshafen einige Entwicklungspotenziale. Nicht nur die zentrale Lage, sondern ebenso seine charakteristische Bausubstanz, die bestehenden Einrichtungen für Kinder, Frauen oder Senioren sowie die „Völkervielfalt“ im Quartier sollen im Rahmen des Programms Soziale Stadt in Zukunft noch stärker genutzt werden.

Was die Menschen im Quartier dabei am meisten bewegt, ist das „Miteinander“ von Bewohnerschaft, Hausbesitzern, Gewerbetreibenden und sonstigen Akteuren. Wie kann das nachbarschaftliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen positiv gestaltet werden? Wie lassen sich vorhandene Potenziale für eine lebendige Nachbarschaft nutzen, und wie kann man mit neu Zuziehenden die Haus- und Stadtteilgemeinschaften stärken? Welche Rolle spielen hierbei die Wohnungswirtschaft und deren Handlungsspielraum bei der Belegung ihrer Wohnungen im Westend? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Themenkonferenz „Miteinander Leben – Miteinander Wohnen im Westend“, zu der am 15. November 2001 Sozialdezernent Fritz Heiser sowie Ortsvorsteher Bernhard Ball rund 60 Gäste sowie die Akteure der Sozialen Stadt und externe Experten auf dem Podium begrüßten.

Dass trotz einiger sichtbarer Erfolge im Zuge der Programmumsetzung noch Handlungsbedarf besteht, untermauerte Projektleiterin Claudia Möller von der Stadtverwaltung Ludwigshafen in ihrem Einführungsvortrag mit einigen wichtigen Kennzahlen zum Quartier. Für neue Impulse in der Diskussion um die Entwicklung des Westends sorgten zwei Referate zum Thema Quartiersentwicklung und Belegungsmanagement. Dirk

Ruß von der Planungsgruppe STADTBÜRO Dortmund berichtete über seine Erfahrungen als Quartiermanager im Berliner Viertel in Monheim am Rhein. Dort entwickelte man aus einer umfassenden Analyse zur Wohnsituation und Wohnzufriedenheit ein wohnhauspezifisches Belegungskonzept, das sich auch im Westend in ähnlicher Form realisieren ließe. Wie sich wohnhauspezifische Belegungs-

ziehen. Das Gefühl, mit Gleichgesinnten in einem Haus zu leben, wirke sich bei Mieterinnen und Mietern später positiv auf die Zufriedenheit aus.

Maßnahmen, in denen Vermieter, Wohnungsbaugesellschaften und/oder andere Akteure neue konstruktive Wege beschreiben, um das Miteinander zu fördern, stießen bei allen Anwesenden auf großes



Foto: isoplan

konzepte von planerischen Ideallösungen zu lebendigen Wohngemeinschaften entwickeln, schilderte auch Karin Drach, Referatsleiterin im Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend des Landes Rheinland-Pfalz. Sie berichtete von dem Modellprojekt „Frauenspezifisches generationsübergreifendes Wohnen“ im Martin-Luther-King-Park in Mainz. Dort sei es gelungen, mit einer beteiligungsgetragenen und themenspezifischen Belegung eines Wohnblocks eine Hausgemeinschaft unter Frauen nachhaltig zu befördern. Aus den Erfahrungen im Martin-Luther-King-Park rät die Referentin, beim Belegungsmanagement das Interesse an nachbarschaftlichem Wohnen als Kriterium heranzu-

Interesse. Auf der Suche nach neuen Ansatzpunkten für die Nachbarschaftsentwicklung wurden dann auch Beispiele aus dem Quartier diskutiert.

Ziel der Wohnungswirtschaft müsse es dabei sein, so Wolfgang Schubert von der LUWOG (Wohnungsbaugesellschaft der BASF in Ludwigshafen), den eigenen Bestand zu pflegen und ein Wohngebiet zu einer „guten Adresse“ zu machen. Als Beispiel für das erfolgreiche Engagement seiner Gesellschaft nannte er Werkwohnungen der BASF, die gemeinsam mit Schichtarbeiterinnen und -arbeitern nach deren speziellen Bedürfnissen geplant und gestaltet wurden. Durch ein solches Vor-

## Integrierte Handlungskonzepte: Anforderungen der Länder

### Ergänzungen zur Zusammenstellung in Soziale Stadt info 6

gehen lassen sich bei der Bewohnerschaft eine hohe Zufriedenheit und eine Bindung an den Stadtteil erreichen. Um ein Quartier aufzuwerten, müsse jedoch auch an die Mieterinnen und Mieter appelliert werden, Verantwortung zu übernehmen. „Engagement und Verantwortung“ will auch die GAG, die Wohnungsbaugesellschaft im Westend, weiterhin zu ihrem Motto machen. Walter Braun, Technischer Vorstand der GAG, zeigte sich kooperationswillig; so erklärte er sich bereit, gemeinsam mit Akteuren der Sozialen Stadt und anderen Interessierten ein Konzept zur beteiligungs- und themenspezifischen Belegung der zur Sanierung anstehenden Gebäude auszuarbeiten. Jetzt muss allerdings noch darüber nachgedacht werden, wie private Wohnungseigentümer angesprochen und mit einbezogen werden können.

Das Ziel der Veranstaltung, mindestens ein greifbares Vorhaben zur Stabilisierung und Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens im Westend mit auf den Weg in ein neues (Förder-)Jahr zu nehmen, wurde mit diesem Kooperationsangebot erreicht. Auch Rolf Grabbert, Leiter der Stabsstelle Dezernatsübergreifende Planungsaufgaben, hörte die Stimmen aus dem Publikum und schrieb sich in sein Aufgabenheft, der Fluktuation in der Bewohnerschaft entgegenzuwirken und die Beteiligung von Akteuren bei bestimmten Bauvorhaben zu sichern.

- Delia Schröder  
isoplan-Institut GmbH („Programmbe-  
gleitung vor Ort“ Ludwigshafen-Westend)  
Martin-Luther-Straße 20  
66111 Saarbrücken  
Telefon: 0681/93646-0  
Telefax: 0681/93646-11

#### Brandenburg

Das Integrierte Handlungskonzept umfasst städtebauliche, bauliche und soziale Aspekte als Grundlagen der weiteren Quartiersentwicklung. „Gemeindliche Grundsätze zur Förderung kleinteiliger Maßnahmen sind als Bestandteil des Konzeptes zu erarbeiten“; das Erreichen der Entwicklungsziele innerhalb der Laufzeit der Gesamtmaßnahme ist plausibel darzustellen. Das Integrierte Handlungskonzept soll, wie im geltenden Ergänzungserlass weiter beschrieben wird, „unter weitreichender Mitwirkung der Betroffenen und Akteure im Quartier und des Quartiermanagements erarbeitet werden und offen für eine Weiterentwicklung sein“ (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg: Ergänzungserlass zur Förderrichtlinie '99 zur Stadterneuerung zum Programm Soziale Stadt, Potsdam, Juni 2001). Das Handlungskonzept ist Handlungsgrundlage für alle Beteiligten über den gesamten Erneuerungsprozess hinweg und bedarf eines gemeindlichen Selbstbindungsbeschlusses.

#### Bremen

Das Programm Soziale Stadt ist in Bremen direkt mit dem bereits 1998 entwickelten kommunalen Handlungs- und Förderprogramm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) verknüpft, für dessen Erarbeitung, Durchführung und Mittelbereitstellung insgesamt sieben Ressorts verantwortlich sind (Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bau und Umwelt, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, „Handlungsprogramm ‚Wohnen in Nachbarschaften (WiN)‘ – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Senatsvorlage, Bremen, 1999) und das regelmäßig fortgeschrieben

wird. Auf der Grundlage einer gebietsübergreifenden Beschreibung von städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und wohnumfeldbezogenen Problemlagen (hier insbesondere unter Beachtung folgender Aspekte: Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit, Armut, Funktionsmängel, Zerstörungen, schulische Probleme der Kinder und Jugendlichen, Suchtprobleme, Kriminalität, Isolation und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile, soziale Kälte, Passivität und geringe Bereitschaft zum Engagement) wurden zehn Gebiete in Bremen und ein Gebiet in Bremerhaven ausgewählt. Nach Formulierung der Leitgedanken und Zielsetzungen wurden sechs integrierte Handlungsfelder festgelegt, die die Schwerpunkte der Arbeit in den Gebieten bilden:

- Wohnungsbestand und Neubau,
- Städtebau,
- wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
- Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
- gemeinwesenbezogene Prävention und Integration,
- soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Dies stellt in der jetzigen Entwicklungsphase den strategischen Ansatz und in der Umsetzung für Bremen das Integrierte Handlungskonzept dar. Zu der Ausgestaltung Integrierter Handlungskonzepte schließt sich das Land den Aussagen der Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern an.

# Gesundheit braucht Orte zum Lernen, zur Kommunikation und zum Handeln

## Die Gesundheitswerkstatt in Hamburg-Jenfeld

Der Hamburger Stadtteil Jenfeld mit seinen rund 25 000 Einwohnern liegt im Osten der Stadt. Der Ausländeranteil liegt mit 18,5 Prozent etwa doppelt so hoch wie im Bezirk insgesamt. Kinder und Jugendliche machen rund 21 Prozent der Bevölkerung aus; etwa ein Viertel von ihnen wird von einem Elternteil allein erzogen. Jenfeld zählt zu den einkommensschwachen Stadtteilen.

### Eng verknüpft: soziale und gesundheitliche Probleme

Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sozialer und kultureller Einrichtungen verdeutlichten, wie vielschichtig die sozialen und gesundheitlichen Probleme im Stadtteil sind: Berichtet wurde beispielsweise von Fehl- und Unterernährung, psychomotorischen Defiziten, Konzentrationsmängeln und Depressionen, Defiziten im kognitiven Bereich bei Kindern und Jugendlichen. Die fehlende Lebensperspektive bei arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen führe zu Gewalt, Kriminalität und Drogenmissbrauch. Die umfassende Armut erzeuge in den Familien häufig Spannungen, die oft durch Alkohol und/oder Tabletten kompensiert würden. Ältere Menschen mit geringem Einkommen litten unter Mangelerscheinungen und/oder Vereinsamung.

Mit Hilfe des Armutsbekämpfungsprogramms und des Programms zur sozialen Stadtteilentwicklung konnte seit 1995 das Quartiermanagement in Zusammenarbeit mit sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie politischen Gremien auf die oben skizzierte Situation reagieren: Projekte wurden entwickelt, die dazu beitragen, die Ernährungslage und die Kommunikationsangebote zu verbessern und die Bewohnerinnen und Bewohner stärker in den Prozess der Stadtgestaltung einzubeziehen. Unter anderem wurde seit Ende 1997

eine Gesundheitswerkstatt unter Mitwirkung des Stadtteilbüros aufgebaut, die sich um eine stadtteilbezogene Gesundheitsförderung und -bildung bemüht.

### Handlungskompetenzen erweitern

Der Begriff „Gesundheitswerkstatt“ geht zurück auf die Idee der Zukunftswerkstatt, durch welche Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten sollen, aktiv und kreativ an Entscheidungen, die ihre Umwelt betreffen, teilzuhaben. Im Vordergrund steht hier die Auseinandersetzung mit dem Thema „Gesundheit“. Jenfelder Bürgerinnen und Bürger sollen entsprechend den Zielen der Agenda 21, der Ottawa-Charta und der sozialen Stadtteilentwicklung direkt in den Prozess „Gesundheitswerkstatt“ einbezogen werden. Durch gezielte Angebote können sie im Umgang mit Gesundheit, Gesundheitsvorsorge und Krankheit mehr Kompetenz erwerben und größere Verantwortung für ihr Wohlbefinden und ihr Leben insgesamt übernehmen. Zu diesem Zweck wurde eine aktivierende Passantenbefragung durchgeführt, durch die Informationen zur gesundheitlichen Lage und zum Gesundheitsverhalten zusammengetragen wurden. Zwei Arbeitsschwerpunkte kristallisierten sich für die Gesundheitswerkstatt heraus:

1. die Gesundheitsbildung zur Stärkung des Selbsthilfgedankens durch Aufklärung über Krankheiten, Sucht und Medikamentenmissbrauch, durch Finanzierung von Gesundheit, Prävention und Heilung, durch Hilfe bei Fragen zu Gesundheitsreform und Sozialversicherung, durch Information über Gesundheitsangebote und Therapie usw.;
2. die individuelle (kostenlose) Beratung.

### Vernetzung der Akteure

Um möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner zu erreichen, fanden die Beratungen an einem Nachmittag pro Woche im Einkaufszentrum statt – einem wichtigen Aufenthalts- und Kommunikationsort für alle Jenfelder Bevölkerungsgruppen. Viele suchen die Gesundheitswerkstatt gezielt auf, andere Informationsgespräche ergeben sich zufällig mit Passanten. Neben den wöchentlichen Terminen gibt es mehrmals im Jahr themengebundene Aktionen und Veranstaltungsreihen; einmal pro Jahr findet eine Gesundheitswoche im Einkaufszentrum und an anderen zentralen Orten statt.

Die Arbeit der Gesundheitswerkstatt wird durch einen Arbeitskreis vorbereitet und (kritisch) begleitet, dem Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Teilen der örtlichen gesundheitsbezogenen Wirtschaft, das Stadtteilbüro (Gemeinwesenarbeit) und der Quartiermanager angehören. Neben den Mitgliedern des Arbeitskreises stehen weitere Kooperanden zur Verfügung. Beispielsweise beteiligen sich Krankenkassen an den Sprechstunden im Einkaufszentrum und an den Aktionen. Die Gesundheitswerkstatt lebt durch die Vernetzung der verschiedenen Akteure.

Die Gesundheitswerkstatt ist eine konsequente Antwort auf die komplexen Probleme und Defizite. Gesundheit braucht Orte zum Lernen, zur Kommunikation und zum Handeln. Sie ist zu einem zentralen Anliegen der Stadtentwicklung in Jenfeld geworden. Die Resonanz in der Bewohnerschaft auf die Angebote ist groß. Die aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger muss jedoch noch intensiviert werden: Viele von denen, die die Angebote nutzen, fühlen sich offensichtlich nicht kompetent genug, den Prozess der Gesundheits-

werkstatt aktiv mitzugestalten. Den Bürgerinnen und Bürgern ist der Raum und die Zeit zu geben, damit sie ihr Wissen und ihre Kompetenz stärken und selbst aktiv werden können. Insofern setzt die Gesundheitswerkstatt begleitend neue Schwerpunkte, schreibt ihre Themenfelder ständig fort und arbeitet in Zukunft noch intensiver als bisher mit weiteren vor Ort tätigen Einrichtungen zusammen. Mit ihren mehr als vier Jahren erprobter

Zusammenarbeit verschiedenster Akteure ist sie zu einem wichtigen, nicht mehr wegzudenkenden Kooperationsnetz der Gesundheitsförderung im Stadtteil Jenfeld geworden.

■ Helga Rake, Matthias Frinken  
Plankontor Gesellschaft für  
Stadterneuerung und Planung mbH  
Am Born 6b, 22765 Hamburg  
Telefon: 040/391769, Telefax: 040/391770

der Familienhebamme angegangen werden können.

Die Kindergarten Adelby GmbH, die die Federführung in dem Pilotprojekt innehat, ist für die pädagogische Frühförderung der Kinder im Alter von bis zu drei Jahren verantwortlich.

Die Familienbegleiterin von der Diakonie unterstützt junge Familien in Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde insbesondere bei der Bewältigung des Alltags.

Einem Elterntreffpunkt, der noch eingerichtet wird, kommt ganz entscheidende Bedeutung zu. Für den Treffpunkt, das Elterncafé, baut der Flensburger ArbeiterBauverein zum Teil mit Städtebauförderungsmitteln eine Wohnung um. Hier erhalten Eltern Gelegenheit, über ihre großen und kleinen Sorgen miteinander zu sprechen, Tipps zur Bewältigung des Alltags, zu Erziehungs- und Gesundheitsproblemen auszutauschen oder einfach „nur“ miteinander zu reden. In den Räumen des Elterncafés, so die Planung, bietet die Hebamme eine Sprechstunde an; der Kindergarten Adelby wird zur Frühförderung von Kleinkindern beratend tätig sein. Um das Elterncafé zu betreiben, ist ehrenamtliche Mitarbeit notwendig und auch vorgesehen. Das Café könnte langfristig zu einem Ort der Selbsthilfe werden, Eltern können dort Kompetenz erwerben und ihr Wissen weitergeben.

Der „Programmbegleitung vor Ort“ erscheint der Schutzengel als eines der Schlüsselprojekte, die entscheidend zur Verbesserung der Lebenslagen vieler benachteiligter Familien mit Kindern und zu einem Miteinander in der Neustadt beitragen. Vor allem eröffnet es kleinen Kindern Chancen zu einem lebenswerten Leben.

■ Helga Rake  
Plankontor Gesellschaft  
für Stadterneuerung und Planung mbH  
Am Born 6b, 22765 Hamburg  
Telefon: 040/391769,  
Telefax: 040/391770

## Der Engel der Neustadt

### Das Schutzengel-Projekt in Flensburg

Im Norden Flensburgs an der Westseite der Förde liegt die Neustadt, in der Zeit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert ein Stadterweiterungsgebiet. In ihrem heutigen Erscheinungsbild spiegelt sich der wirtschaftliche Strukturwandel des ausgehenden Industriezeitalters wider: brachgefallene Gewerbe- und Industrieflächen, industrielle Nutzung, großflächiger Einzelhandel (unter anderem so genannte Dänemärkte), Gründerzeitwohnungen und schlichter Arbeiterwohnungsbau, verbunden mit gebietsbezogenem Einzelhandel und Kleingewerbe charakterisieren die Neustadt. Diese ist seit 1999 im Förderprogramm Soziale Stadt und gleichzeitig Sanierungsgebiet nach dem Baugesetzbuch.

Hier leben rund 4 500 Menschen, unter ihnen überdurchschnittlich viele sozial Benachteiligte. Zahlreiche Familien und Alleinerziehende befinden sich in schwierigen Lebenslagen. Damit verbunden sind Überforderungen und Spannungen, die sich negativ auf die psychische und gesundheitliche Lage gerade der Kinder auswirken.

Vor diesem Hintergrund ist das Modellvorhaben Schutzengel-Projekt entstanden. Es wird zwei Jahre lang vom Land Schleswig-Holstein gefördert.

#### Unterstützung für junge Familien

Schutzengel e.V. ist ein Zusammenschluss verschiedener im Gebiet ansässiger Träger, die sich zum Ziel gesetzt haben, Hilfestrukturen für junge Familien in der Neustadt zu stärken, zu verbessern und auch neu zu entwickeln. Es geht von einem umfassenden Gesundheitsbegriff im Sinne der Weltgesundheitsorganisation aus und ist ein partizipatorisches Projekt zur Stützung von Eltern und Kindern durch Frühförderungsmaßnahmen. Es soll frühzeitig Hilfestellung in den Familien gegeben werden, um Schäden und Behinderungen körperlicher und seelischer Art bei Kindern zu verhindern.

Dies wird durch verschiedene Bausteine erreicht: Die Familienhebamme, die an das Diakoniekrankenhaus angebunden ist, unterstützt junge Familien in der Schwangerschaft und nach der Geburt weit über den Rahmen der üblichen durch die Krankenkassen finanzierten Hilfen hinaus. Sie übernimmt auch die präventive Frühbetreuung. Sie hat „alle Zeit der Welt“, und die wird auch gebraucht bei vielen Familien, die häufig in ihrer Lebenssituation mehrfach belastet und überfordert sind. Alltagsorgen, Gesundheitsprobleme, was tun bei einem Schreikind? – dies sind Beispiele für die Themen, die gemeinsam mit

# Berlin-Kreuzberg: *Kinderkonferenz* *„Kids im Kiez“*



„Kids im Kiez“ – so lautete das Thema der Kinderkonferenz, die am 17. Oktober 2001 im Rahmen der Programmbegleitung Soziale Stadt für das Modellgebiet Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg stattfand.

Die Akteure: Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Jens-Nydahl-Grundschule. Im Mittelpunkt: Meinungen und Verbesserungsvorschläge zu ihrem engeren Lebensumfeld, Wohnhöfen und Schulhof. Gäste: Politikerinnen und Politiker, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen, Eltern, Quartiermanagerinnen und -manager, Vereine und Leute aus der Nachbarschaft. Fazit der Kinder: „Es war anstrengend, aber schön!“

## **Vorbereitung: Gebietserkundung und Dokumentation**

Anstrengend waren schon die Vorarbeiten. Vor allem während der Projektwoche vom 4. bis 7. September gab es viel zu erkunden und zu lachen. 27 Schülerinnen und Schüler und die Lehrerin Brigitte Gajewski setzten sich mit uns das Motto: „Rund um die Schule, rein in die Höfe!“.

Zunächst lernten wir uns kennen. Die Kinder fotografierten sich gegenseitig, machten Interviews, fragten nach Eltern und Geschwistern, Hobbys und Gewohnheiten. Erstes Ergebnis: persönliche „Steckbriefe“ – kleine Einblicke vor allem in Lebensverhältnisse von Kindern nicht-deutscher Herkunft. Sie berichteten von ihrem Alltag in den Wohnungen, der gro-

ßen Bedeutung der Höfe und Straßen für das Toben und Spielen. Wir erfuhren von Gastfreundschaft, dem Zusammenhalt großer Familien sowie Konflikten zwischen Mädchen und Jungs. Wir lernten Sprachprobleme, schwierige Startchancen und Träume vom besseren Leben kennen.

Die nächste Phase: Ausgerüstet mit Karteikarten, Stiften und Kameras nahmen die



Kinder das Gebiet kritisch unter die Lupe, wobei folgenden Fragen nachgegangen wurde:

- Was gefällt uns in den Wohnhöfen und im Schulhof?
- Was finden wir hier schlecht?
- Wovon träumen wir?
- Wie könnte es hier besser werden, was könnten andere und wir selbst dafür tun?

Mit blauen und roten Plastikmessern wurden „schöne“ und „hässliche“ Bereiche markiert, die Ergebnisse auf Karteikarten geschrieben, jede Menge Fotos gemacht und in der Klasse davon berichtet. Es fehlte auch nicht an Ideen, was besser werden könnte, vor allem im Schulhof.

## **Die Kinderkonferenz**

Viel Stoff kam da zusammen für einen öffentlichen Auftritt und genug Anlässe, um die Interessen und Wünsche der Kinder mit Unterstützung der Sozialen Stadt in den Mittelpunkt zu rücken. Am 17. Oktober war es dann soweit: Ein großes Transparent am Eingang der Schule lud zu „Kids im Kiez“, Kinderkonferenz an der Jens-Nydahl-Grundschule.

Alle 27 Schülerinnen und Schüler der Klasse übernahmen Aufgaben. Einige kümmerten sich um die Anwesenheitsliste, fertigten Namensschilder. Andere betreuten das Saft- und Kuchenbuffet und sorgten für die Erlöse, die in die Klassenkasse fließen sollten.

Die Rektorin Frau Seidel und Frau Sander vom Quartiermanagement eröffneten die Veranstaltung – mehr als 80 Besucherinnen und Besucher waren gekommen. Dann begrüßten Schülerinnen der 6. Klasse die Gäste in deutscher, türkischer und arabischer Sprache. Eine Tanzgruppe führte ihre Künste vor.

Schließlich präsentierten die Schülerinnen der 4. Klasse die Ergebnisse der Projekt-



woche. Mona, Kausser, Sarah, Wanja und Yunus saßen auf dem Podium, erklärten anhand von Bildern die Stärken und Schwächen der Höfe und des Schulhofs, trugen Wünsche vor und machten Vorschläge.

Es gibt vieles, was die Kinder im Quartier mögen: neue Hauseingänge, schöne bunte Mietergärten, grüne Ecken in den Höfen, die Tischtennisplatte und blühende Pflanzen im Schulhof...

Sehr viel mehr Raum aber nahmen die Defizite ein – Beispiele auch für Zerstörung und Nachlässigkeit, Lieblosigkeit und Resignation:

- in den Höfen ist vieles kaputt, z.B. Bänke, und das Fußballtor hat kein Netz mehr;
- manche Hauseingänge sind unschön;
- es gibt viel Müll und Schmutz;
- viele Autos parken in den Höfen; es ist schwierig, die Hauptstraßen zu überqueren.

Und schließlich stand der Schulhof auf der Tagesordnung. Die Kinder wünschten sich – realitätsorientiert oder nicht – Folgendes:

- Wasserrutsche mit Pool, Fernsehraum, Fernsehturm, Hängebrücke in alle Richtungen;
- den Verkauf von Frühstück auf dem Hof und einen Backofen;
- weniger Konflikte, dass die Großen in den Klassen bleiben und die Jungs zu den Mädchen netter sind;
- Unterhaltung mit Gruselfilm, Bücherei, Disco in der Pause, Zirkus, Theater, Modenschauen;
- zum Spielen eine Gokart-Bahn, hohe Schaukel, Achterbahn, Drehscheibe mit eingeteilten Nutzungszeiten;
- Wald auf dem Hof, Schulgarten mit Pflanzen;
- und wieder eine Burg!

Dann folgte eine Fragerunde an die Gäste: Haben Sie schon mal unseren Schulhof gesehen? Wo haben Sie früher gespielt? Was passiert mit den kaputten Scheiben? Wann kommt das Netz wieder ins Tor? Wie bleibt es da drin?

Aus den Antworten wurde deutlich, dass kaputte Fensterscheiben und Tore ohne Netze, der Müll im Hof und der Streit um eine kleine Drehscheibe lösbar Probleme sein könnten – manches erst gar nicht entstehen müsste. Herr Harland-Menzel (GSW) versprach Abhilfe, Baustadtrat Schulz hält alle Schulhöfe in Kreuzberg für verbesserungswürdig, Herr Kokott erinnerte daran, dass man einen Schulhof nicht perfekt gestalten und Freiräume auch für die nächste Schülergeneration ermöglichen soll. Cora hatte eine Idee, wie das Netz im Tor bleibt: „Die Jungs sollen die Bälle nicht so kräftig ins Tor reinknallen“. Frau Schammer von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung („Soziale Stadt“) signalisierte schließlich die Bereitstellung von 50 000 DM zur Verbesserung des Schulhofs.



Fotos: Ingeborg Beer

## Wie geht es weiter?

Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre dokumentiert, das methodische Verfahren von Seiten der Schule, der Bezirksverwaltung und des Quartiermanagements ausgewertet. Inzwischen gibt es eine Arbeitsgruppe, in der sich Vertreterinnen und Vertreter der Schule, des Quartiermanagements, der Begleitforschung und eines Planungsbüros zusammenfinden – erste ausbaufähige Arbeitsstrukturen sind also geschaffen.

Nun kommt es darauf an, die Bewertungen und Anregungen der Kinder zu vertiefen und zu erweitern. So wird ein Modell des Schulhofs entstehen, um auch anderen Klassen die Möglichkeit des Mitplanens zu eröffnen. Die Lehrkräfte können zahlreiche Ansatzpunkte für den Unterricht aufgreifen (Teich bauen, Kräutergarten anlegen, Nisthilfen für Vögel herstellen). Es sollen auch mit anderen Gruppen Zukunftswerkstätten durchgeführt werden. Von Seiten der Schulleitung wird der Kontakt zu den Kitas und zu „Grün macht Schule“ gesucht. Die 4. Klasse wird ohnehin am Ball bleiben und als nächstes einen kleinen Film über „unsere Schule“ drehen.

- Dr. Ingeborg Beer  
Stadtforschung + Sozialplanung  
Kurfürstendamm 123, 10711 Berlin  
Telefon: 030/885 15 45

# Auf dem Weg zur Bürgerkommune

## Das gesamtstädtisch orientierte Konzept der Stadt(teil)entwicklung in Rosenheim

Seit Ende 1999 gibt es in Rosenheim durch einen Beschluss des Stadtrats den zukunftsorientierten Prozess der Stadtteilentwicklung als Teil des Programms Soziale Stadt. Von Anfang an war das „Projekt Soziale Stadt“ als weiterer Baustein zur Entwicklung einer Bürgerkommune Rosenheim gedacht. Die Verwaltungsmodernisierung wurde im Wesentlichen 1995 gestartet und in den letzten sieben Jahren konsequent über die Dienstleistungsorientierung hin zur Bürgerkommune weitergeführt (Leitbildentwicklung, Verwaltungszielvereinbarungen, Beteiligungscontrolling, Einführung von Qualitätszirkeln usw.).

Der Auftrag für das Team Soziale Stadt besteht darin, die sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Potenziale für ein aktives, funktionsfähiges Gemeinwesen in drei Stadtteilen auf der Basis der Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation zu unterstützen. Die Handlungsprinzipien der Sozialen Stadt, z.B. Bürgerbeteiligung, Orientierung an den Bürgerbedürfnissen, Schaffung einer optimalen Arbeitstransparenz für alle Beteiligten, erhalten dabei stadtweite Gültigkeit.

Die politische Integration der Bürgerinnen und Bürger ist – neben der sozialen und wirtschaftlichen – ein wesentliches Segment der Integrationsarbeit. Die Soziale Stadt Rosenheim verbindet folgerichtig diese Prinzipien mit der Verwaltungsreform und dem neuen Steuerungsmodell. Dieses Vorgehen wird gleichzeitig die Nachhaltigkeit der Programmumsetzung Soziale Stadt sichern.

### Im Stadtteil eine entsprechende Basis schaffen

Die Aktivierung der Stadtteilbewohnerschaft für ihre Belange muss in eine Übernahme legitimer Verantwortung münden. Dazu wurden 2001 in allen drei

Stadtteilen Stadtteilvertretungen gegründet, die unter anderem auch über einen Bürgerfonds in Höhe von jährlich 25 000 Euro verfügen. Diese Struktur wird 2002 durch Vereinsgründungen und Expertengremien für die Stadtteilentwicklung erweitert – mit dem Ziel, den Stadtteilen eine eigenverantwortliche Rolle bei der Mittelverwaltung und Gestaltung der Stadtteilentwicklung zu ermöglichen. Sehr gute Erfahrungen haben wir mit dem Ende 2000 gewählten Bewohnerbeirat in einem Stadtteil gemacht. Weitere Bewohnerbeiräte werden flächendeckend in den Stadtteilen gewählt und vernetzt. Zunächst wird dies bei der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rosenheim geschehen, mit dem Ziel, aufgrund der positiven Erfahrungen auch andere Wohnbaugesellschaften dafür zu begeistern.

### In der Stadtverwaltung eine entsprechende Basis schaffen

Die Stadt Rosenheim hat mit dem Beginn der Verwaltungsmodernisierung, der Einrichtung einer Koordinationsstelle Freiwilliges Bürgerengagement und dem Eintritt in das Programm Soziale Stadt in den letzten Jahren die Grundlage für eine funktionierende Bürgerkommune geschaffen.

Eine für die Bürgerinnen und Bürger offene Verwaltung und das Engagement der Bürgerschaft bilden ganz wesentlich die Basis für unser wirtschaftliches und praktisches Handeln in Rosenheim. Dass es kein leichtes Unterfangen ist, diesen hohen Anspruch mit Leben zu erfüllen, weiß auch Sozialdezernent Michael Keneder, der für das Projekt verantwortlich ist: „Am Ende des Jahres 2001 haben sich für unsere Soziale Stadt Rosenheim zwei Probleme herauskristallisiert: eine mangelnde Transparenz von Zielvereinbarungen und Absprachen innerhalb der Verwaltung sowie das zeitliche Aufeinan-

derreffen von verminderten Steuereinnahmen der Kommune und der Umsetzung des kostenintensiven Programms Soziale Stadt.“ Die Kommune brauche deshalb, so Keneder weiter, „eine möglichst lange Mittelsicherheit für die interne Planungssicherheit“; er plädiert dafür, lieber die Jahresmittel zu kürzen und dafür eine längere Laufzeit in Aussicht zu stellen.

Für 2002 wird die Transparenz der Umsetzung der Verwaltungsziele zwischen den verschiedenen Ebenen der Verwaltung und den Fachressorts verbessert. Eine entsprechende Tagung und verwaltungsinterne Veranstaltungsreihen sind in Kooperation von Verwaltung, Sozialer Stadt und Freiwilligem Bürgerengagement im Frühjahr und Sommer 2002 geplant. Britta Schätzel, Projektsteuerin, sieht darin die Voraussetzung für entsprechende Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung im Herbst 2002.

- Michael Keneder,  
Dezernent für Jugend, Soziales, Schule,  
Kultur, Sport der Stadt Rosenheim
- Britta Schätzel,  
Projektsteuerung Soziale Stadt Rosenheim,  
GRWS – Gesellschaft für Städtebau und  
Stadtentwicklung mbH  
Postfach 1185, 83013 Rosenheim  
Telefon: 08031/36-2179,  
Telefax: 08031/36-2059



“Soziale Stadt –  
meine Sicht“

## Genua, PISA – und die (deutsche) Soziale Stadt

### Hoffnung und Empörung

Das Programm Soziale Stadt macht mich hoffend. Schon jetzt entfaltet es segensreiche Wirkungen: Ich denke nicht nur an die vielen konkreten kleineren und größeren Projekte, die die Situation der Benachteiligten in unseren Quartieren verbessern. Ich denke an die Engagierten: an die Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere, an die Professionellen, die zwar meist nicht dort wohnen, sich aber – zumindest in Tenever – mit dem Quartier und seinen Menschen stark identifizieren und weit über das übliche Maß (damit leider auch das „gewerkschaftliche“ Maß) Zeit und Leidenschaft einbringen. Ich denke an die vielen Sozial- und Beschäftigungsinitiativen, Kinder- und Jugendhilfeträger, Wohnungsgesellschaften und Engagierten in den Ämtern, die dank der Sozialen Stadt nicht nur ermutigt wurden, ihre Projektideen zu entwickeln, sondern auch Finanzmittel erhalten, um diese umzusetzen.

Und ich habe den Eindruck, dass die Grundgedanken der Sozialen Stadt Zug um Zug, Provokation um Provokation zu Veränderungen beitragen: Sind nicht in etlichen Quartieren Netzwerke entstanden

oder ausgebaut worden? Wurden nicht Schritte zur Öffnung von Institutionen (z.B. Schulen) in ihren Stadtteil hinein getan? Werden nicht auch in Ämtern ressortübergreifendes Handeln und Verwaltungszusammenarbeit thematisiert und auch zum Teil praktiziert? Nimmt etwa der Gedanke nicht zu, dass man statt nach Vorschriften und Richtlinien nach den Bedarfen des Quartiers und seiner Bewohnerschaft handeln muss, dass basisdemokratische Elemente zu verstärken sind?

Aber am meisten macht die Arbeit selbst Spaß. Denn da sitzt man nicht nur am Schreibtisch, sondern ist mitten im Quartier mit all dem Leben und Erleben, der Veränderung, auch Verzweiflung, Begeisterung.

Gerade bei uns in Bremen haben wir den Vorteil gegenüber manch anderen Bundesländern, dass mit der Ergänzung des Programms Soziale Stadt durch das Programm WiN/Wohnen in Nachbarschaften Gelder nicht nur für planerische und investive Aktivitäten verwendet werden können, sondern auch personelle und konsumtive Ausgaben möglich sind. Durch Selbstverpflichtung von Politik und Verwaltung ist es bei uns so geregelt, dass über die Vergabe der Soziale Stadt-/WiN-Mittel (etwa 265 000 Euro pro Jahr für jedes der zehn Quartiere) die Quartiere selbst entscheiden. Welche Projekte sind am wichtigsten im Quartier? Was soll gefördert werden? Alle Projekte haben als entscheidende Hürde (ein Glück!) die Verpflichtung, dass die Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Nutzerinnen und Nutzer zu beteiligen sind.

Und in der Stadtteilgruppe Tenever (lokales Forum), die seit zehn Jahren alle sechs Wochen öffentlich tagt, haben alle teilnehmenden Akteure – Politik (MdBBs, Beiratsmitglieder), Gewerbetreibende des Quartiers, Wohnungsunternehmen, soziale Einrichtungen, öffentliche Verwaltung (Polizei, Amt für Soziale Dienste, Amt für Wohnung und Städtebau, Ortsamt, Stadtplanungsamt, Stadtgrün) sowie alle interessierten Bewohnerinnen und Bewohner – die Möglichkeit, ihr Veto gegen die

Vergabe von Mitteln für Projekte einzulegen, das heißt in Hinblick auf jedes einzelne Projekt, dass eine Anschub- oder Ergänzungsfinanzierung aus WiN-/Soziale Stadt-Mitteln nur erfolgt, wenn in der Stadtteilgruppe Konsens über dieses Projekt herrscht (Veto-Recht für alle Beteiligten). Es klappt. Alleine in den letzten drei Jahren haben wir für 80 Projekte Konsens erzielt.

Klingt gut, ja fast fantastisch, denkt man an die Perspektive von Stadtteilbudgets – wenn da nicht die wahren gesellschaftlichen Verhältnisse und Prozesse wären, die das Leben viel entscheidender prägen:

### Genua und PISA

Genua – Hunderttausende demonstrierten gegen die Spaltung der Welt in Arm und Reich durch die neoliberale Globalisierungspolitik. Der Mensch, die Umwelt, das Soziale bleiben auf der Strecke. Die Menschen demonstrierten gegen die schreiende Ungerechtigkeit der absolut falschen Verteilung der Reichtümer (= Chancen) auf der Welt, aber auch gegen die Auswirkungen dieser Politik auf die Benachteiligten in den reichen Ländern.

Brauchen die benachteiligten Quartiere in Deutschland auch eine solche Bewegung (sind sie gar Bestandteil derselben)? Denn der Reichtum der Reichen und Mächtigen, z.B. in Deutschland, beruht nicht nur auf der Ausbeutung der Umwelt und der „dritten Welt“, sondern auch auf der Armut (Ausbeutung und Ausgrenzung) der Bewohnerschaft unserer Quartiere.

Pisa – nein, in der Stadt wurde nicht richtungweisend demonstriert, aber die Bildungsuntersuchung PISA demonstrierte deutlich das, was die Engagierten in den Armutsquartieren schon immer wussten und meistens vergeblich beklagten: Deutschland ist Weltmeister bei der sozialen Selektion – kommst du aus einem benachteiligten Quartier, hast du wenig Chancen.

Die Ergebnisse der PISA-Studie sind nicht nur eine schallende Ohrfeige für die Bil-

dungspolitik in unserem Land. Sie müssten auch als ein Tiefschlag gegen die praktizierte Politik insgesamt verstanden werden. Denn vom Ziel der Chancengerechtigkeit haben wir uns mehr und mehr entfernt. Benachteiligtenprogramme für Schulen und Kitas wurden eingeschränkt bzw. sind bedroht.

PISA lehrt: Benötigt werden neue Konzepte – aber auch mehr Geld! Die Soziale Stadt, ebenso die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind dafür gute Beispiele. Immerhin sind die Soziale Stadt-Quartiere in der Regel die Integrationsstadtteile Deutschlands: In diesen meist kinderreichsten Quartieren wächst die Zukunft der Städte und der Sozialver-

sicherungsträger heran. Hier werden die meisten Neubürgerinnen und Neubürger (Migranten) in die Gesellschaft integriert.

Und damit es nicht bei diesem Feigenblatt fürs schlechte Gewissen bleibt, wäre es überfällig, dass auch die anderen Ressorts entsprechende Programme für die Brennpunkte auflegen (insbesondere Wirtschaft und Arbeit – in Bremen erhalten Beschäftigungsinitiativen in den WiN-Quartieren einen Bonus von Arbeitsamt und Arbeitsressort).

Noch spannender wäre: In jedem Beschlussvorschlag von Politik und Verwaltung müsste als Kriterium benannt werden, ob die Folgen des Beschlusses die Situation der Benachteiligten (Quartiere) verbessern (wie da wohl argumentiert werden würde, wenn es um neue Rüs-

tungsprogramme oder um Prunkbauten geht?).

Also, was will der Autor nun eigentlich: Er will seinen Teil dazu beitragen, dass mit Leidenschaft und Engagement die Chancen der Sozialen Stadt im Interesse der Menschen in unseren Quartieren genutzt werden – aber dabei nicht vergessen wird, wo die gesellschaftlichen Ursachen für die Fehlentwicklungen in unseren Quartieren liegen, und dass deren Korrektur von uns angemahnt und mitbewirkt wird.

■ Joachim Barloschky,  
Projektgruppe Tenever  
Neuwieder Straße 44a, 28325 Bremen  
Telefon: 0421/42 57 69  
E-Mail:  
Projektgruppe@Bremen-Tenever.de

## Veranstaltungshinweise

13.2.2002, Berlin

Forum „Ökonomische Gemeinwesenarbeit – Überblick und Diskussion anhand des Beispiels ‚Berliner Entwicklungsagentur für soziale Unternehmen und Stadtteilökonomie BEST‘“; Veranstalter: Initiativgruppe „Forum Gemeinwesenarbeit und soziale Stadt(teil)entwicklung Berlin“; Ort: Lernhaus (VHS), Pohlstraße 60/62, 10785 Berlin; Zeit: 18.00–20.30 Uhr; Anmeldung: Kommunales Forum Wedding e.V., Telefon: 030/465 07 355, Telefax: 030/462 94 47, E-Mail: kom.forum.rennert@web.de

14.2. bis 15.2.2002, Hamburg

VII. wohnbund-Kongress „Neue Herausforderungen an die Wohnungspolitik“; Veranstalter: wohnbund e.V. Verband zur Förderung wohnungspolitischer Initiativen; Ort: Architektur Centrum Post am Stephansplatz Hamburg, Eingang Gorch-Fock-Wall 1; Teilnahmegebühr: 105 Euro, 70 Euro für wohnbund-Mitglieder und Studierende; Anmeldung/Infos: Telefon: 040/431 39 430, Telefax: 040/431 39 444, E-Mail: anmeldung@wohnbund.de

18.2. bis 22.2.2002

(und 9.12. bis 13.12.2002), Gelnhausen  
Kurs „Ressourcen-, Lösungs- und Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe“; Veranstalter: Burkhardthaus e.V., Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit e.V., Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen, Info/Anmeldung: Burkhardthaus e.V., Telefon: 06051/890, Telefax: 06051/89 240, E-Mail: Burkhardthaus@aol.com

19.2.2002, Singen

Themenkonferenz „Soziale Stadt“, Öffentliche Darstellung und Diskussion im Rahmen des Bund-Länder-Programms (inhaltliche und organisatorische Leitung: empirica, www.empirica-institut.de).

4.3. bis 8.3.2002, Gelnhausen

Seminar „Sozialraumorientierung: Grundlegendes Methodenseminar für die Praxis Sozialer Arbeit im Gemeinwesen“; Veranstalter: Burkhardthaus e.V., Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit e.V., Herzbachweg 2, 63571 Gelnhausen, Info/Anmeldung: Burkhardthaus e.V., Telefon: 06051/890, Telefax: 06051/89 240, E-Mail: Burkhardthaus@aol.com

14.3. bis 15.3.2002, Wiesbaden

Tagung „Zukunft im Quartier – Nachhaltige Stadtentwicklung und die Rolle von Kindern und Jugendlichen“; Veranstalter: Institut für kommunale Wirtschaft und Umweltplanung (IKU), Bertramstraße 27, 65185 Wiesbaden, Telefon: 0611/18 08 70, Telefax: 0611/18 08 722, E-Mail: iku@fh-wiesbaden.de

22.4.2002, Berlin

Seminar „Tools for Community Regeneration – Neue Möglichkeiten der zielgenauen Nutzung neuer Medien für Akteure in der Gemeinwesenentwicklung durch eine Datenbank und Internet-publishing“; Veranstalter: Stiftung Mitarbeit und Kommunales Forum Wedding e.V.; Ort: Lernhaus (VHS), Pohlstraße 60/62, 10785 Berlin; Zeit: 14.00–17.00 Uhr; Anmeldung: Kommunales Forum Wedding e.V., Telefon: 030/465 07 355, Telefax: 030/462 94 47, E-Mail: kom.forum.rennert@web.de

Vorankündigung 7.5. bis 8.5.2002, Berlin

Kongress „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“, Veranstalter: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutsches Institut für Urbanistik. Das genaue Programm wird unter [www.sozialestadt.de/veranstaltungen/](http://www.sozialestadt.de/veranstaltungen/) abrufbar sein.